

## **Ernährungssouveränitäts-Volksinitiative: NEIN zu gefährlichem Planwirtschafts-Experiment**

Die Föderation Schweizerischer Nahrungsmittel-Industrien fial lehnt die Ernährungssouveränitäts-Initiative ab. Dies aus folgenden Gründen:

### **Die Initiative ist extrem und planwirtschaftlich**

Die Initiative verlangt vom Staat stark übertriebene Eingriffe in den Markt. So soll die Einfuhrmenge staatlich reguliert und ein Importverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel erlassen werden. Ein derart weitgehender planwirtschaftlicher Eingriff in den Markt wäre in der Schweiz beispiellos. Er stünde auch im Widerspruch zur neuen landwirtschaftlichen Verfassungsgrundlage. Letztere wurde vom Volk erst von einem Jahr als Gegenvorschlag zur sog. „Ernährungssicherheits-Initiative“ angenommenen.

### **Die Initiative ist unnötig**

Ziele wie die Produktion gesunder Lebensmittel und die Förderung einer Landwirtschaft, die den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird, werden schon mit der bestehenden Agrarpolitik verfolgt. Das Ziel des "Erhalts des Kulturlandes" ist mit der im letzten Jahr vom Volk angenommenen neuen Verfassungsgrundlage sichergestellt.

### **Die Initiative ist gefährlich**

Die Initiative lässt jegliche Marktorientierung vermissen und fokussiert auf die Zementierung von nicht wettbewerbsfähigen Strukturen. Damit würde sie die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Bauern und die Schweizer Nahrungsmittelindustrie schwächen. Letztere ist auf eine nachhaltige und innovative Produktion angewiesen, um ihren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln sicherstellen zu können.

### **Die Initiative wäre kaum umsetzbar**

Die von der Initiative geforderte Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln ist mit den topographischen und klimatischen Bedingungen in der Schweiz nicht zu erreichen. Auch ein Einfuhrverbot von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei Nichteinhaltung schweizerischer Normen und Standards wäre rechtlich kaum durchsetzbar und widerspricht internationalem Handelsrecht.